



## PRESSEMITTEILUNG

### **Beitritt von Hans-Olaf Henkel zur Verfassungsbeschwerde und Übersendung eines ergänzenden Schriftsatzes an das Bundesverfassungsgericht**

Berlin, den 23. Februar 2011

**Hans-Olaf Henkel**, ehemaliger Chef der IBM Europa, langjähriger Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und Ex-Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, ist der Verfassungsbeschwerde der EuroPolis-Gruppe gegen die Hilfspakte zugunsten Griechenlands und Irlands beigetreten. Unter der juristischen Federführung des Finanzwissenschaftlers und Verfassungsjuristen **Prof. Dr. Markus C. Kerber**, haben sich mittlerweile 50 – u.a. mittelständische Unternehmer - zusammengeschlossen, um die schleichende Umwandlung der vom Bundestag beschlossenen Währungsunion zu einer dem bundesdeutschen Länderfinanzausgleich entsprechenden Transfergemeinschaft durch das Bundesverfassungsgericht verhindern zu lassen.

Hans-Olaf Henkel begründet diesen Schritt wie folgt:

*„Die EuroPolis-Gruppe ist die Fürsprecherin bürgerlicher Kontrolle gegen eine Politik der Veruntreuung von Steuergeldern im Namen des Euro. Wenn wir Bürger diese Politik nicht stoppen, die aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ein Transferunion macht, hinterlassen die Politiker einen Scherbenhaufen.“*

Da die Aktivierung des „Eurostabilisierungsmechanismus“ die Märkte nicht beruhigt hat und die Risikoexponiertheit der Bundesrepublik zugenommen hat, hat der Verfahrensbevollmächtigte der Verfassungsbeschwerde **2 BvR 1219/10** ergänzend einen 60-seitigen Schriftsatz beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Schließlich drohe, so Kerber, mit jedem weiteren *bail-out* und der nunmehr vorangetriebenen Institutionalisierung des Haftungsmechanismus in Art. 136 AEUV eine Veruntreuung von Steuergeldern und der Verlust fiskalischer Souveränität.

Pressekontakt: Wiebke Ewering  
E-Mail: [wewering@europolis-online.org](mailto:wewering@europolis-online.org)  
Tel: 030/843 14 136 Fax: 030/843 14 137